

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Conradi, Freimut Duve, Dr. Willfried Penner, Wolfgang Thierse, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Gerlinde Hämmerle, Gabriele Iwersen, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Dr. Christine Lucyga, Ulrike Mascher, Christoph Matschie, Michael Müller (Düsseldorf), Doris Odendahl, Dieter Schloten, Renate Schmidt (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Horst Sielaff, Dr. Hartmut Soell, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Hans-Günther Toetemeyer, Siegfried Vergin, Hans Wallow, Gerd Wartenberg (Berlin), Barbara Weiler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Gudrun Weyel, Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/1751 —

„Palast der Republik“ in Berlin

1. Welche Pläne hat die Bundesregierung für die Zukunft des „Palast der Republik“ in Berlin?

Der „Palast der Republik“ ist für Zwecke des Bundes nicht geeignet, weil er von seiner Konstruktion und Zweckbestimmung nicht für die Unterbringung von Verwaltungseinheiten geeignet ist. Ungeklärt sind auch noch die Eigentumsverhältnisse. Die künftige Nutzung der Liegenschaft wird von der noch nicht vorliegenden Gesamtkonzeption bestimmt, die zum einen die Unterbringung von Bundeseinrichtungen berücksichtigen und zum anderen auch den Belangen der Stadtplanung gerecht werden muß.

2. Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Aufwand für die Beseitigung der Asbest-Belastung im „Palast der Republik“ in Berlin?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 19. Dezember 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Nach einem Ende 1990 erstatteten Gutachten wird eine Nutzbarmachung des Gebäudes im bisherigen Umfang auf ca. 200 Mio. DM für die Sanierung und auf weitere ca. 330 Mio. DM für Aufbaukosten geschätzt. Ein Abbruch einschließlich Entsorgung des Asbestmaterials wird auf ca. 220 Mio. DM geschätzt.

3. Trifft es zu, daß es bei der Bundesregierung bereits Anfragen/Angebote für eine kommerzielle Nutzung des Gebäudes/Geländes gibt, zum Beispiel für ein Einkaufszentrum oder ein Kaufhaus?

Es gibt Anfragen von Interessenten für eine kommerzielle Nutzung.

4. Hat die Bundesregierung mit dem Senat der Stadt Berlin Verhandlungen wegen einer künftigen Nutzung des „Palast der Republik“ aufgenommen, mit welchem Ziel und mit welchen Ergebnissen?

Die Bundesregierung steht mit dem Land Berlin seit längerem in Verbindung wegen der künftigen Nutzung von Liegenschaften in Berlin-Mitte, zu denen auch der „Palast der Republik“ gehört. Im übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen.